

# DIE LINKE. Fraktion

---

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1911/2008**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 09.09.2008

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Aktenzeichen/Telefon: -be-/1023  
Verfasser/-in: Tjark Sauer

| Beratungsfolge                                    | Termin | Zuständigkeit     |
|---------------------------------------------------|--------|-------------------|
| Magistrat                                         |        | Zur Kenntnisnahme |
| Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss |        | Beratung          |
| Stadtverordnetenversammlung                       |        | Entscheidung      |

### **Betreff:**

#### **Sozialtarif bei den Stadtwerken**

**- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 08.09.2008 -**

### **Antrag:**

Der Magistrat und die vom Oberbürgermeister der Stadt Gießen benannten Mitglieder des Aufsichtsrats der Stadtwerke Gießen AG werden aufgefordert im Aufsichtsrat einen Antrag zur Einrichtung eines Sozialtarifs für Strom, Wasser, Gas und Fernwärme – in noch zu beschließender Höhe – für Personen bzw. Haushalte, die Arbeitslosengeld II ( SGB II ), Sozialhilfe oder Grundsicherung nach dem SGB XII, Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz, Kinderzuschlag nach § 6 a Bundeskindergeldgesetz, Berufsausbildungsbeihilfe nach dem SGB III oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, einzubringen.

Die von der Stadt Gießen benannten Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke Gießen AG werden aufgefordert, einem solchen Antrag zuzustimmen.

Der Magistrat wird aufgefordert über das Ergebnis der Beratung im Aufsichtsrat in der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

### **Begründung:**

Wenngleich Frau Merkel in einem Sommerinterview im ZDF fälschlicher Weise, bzw. mit einer „gewissen unschärfe“ behauptet hat, die Energiekosten werden im Rahmen der Erstattung der Kosten der Unterkunft vollumfänglich ersetzt und damit begründet hat, warum Sozialtarife für Energiekosten überflüssig sein, müssen viele Haushalte mit den permanent steigenden Energiekosten leben.

Diesen zunehmend steigenden Energiekosten stehen keine entsprechenden Unterstützungen für die von Armut Betroffenen gegenüber.

Sicherlich ist eine bundeseinheitliche Lösung im Sinne einer massiven Anhebung der Hartz IV-Regelsätze bzw. die Abschaffung von Hartz IV der politisch sinnvollere Weg, gleichwohl geht es für die Betroffenen aber schon heute darum, die Kosten irgendwie tragen zu müssen. Ein Vertrösten auf eine bundesweite Lösung hilft den Betroffenen mindestens so viel wie Finanzsenator Sarrazins (SPD) Vorschlag, zur Senkung der Heizkosten einen Pullover anzuziehen.

Andererseits verweisen Beispiele aus der Praxis auf die Möglichkeit der Einrichtung sogenannter „Sozialtarife“. So bietet der Energiekonzern eon seit 2007 einen solchen Sozialtarif an.

BürgerInnen, die eine Rundfunkgebührenbefreiung bewilligt bekommen haben, können demnach einen Teil der Gebühren (Grundgebühr) erlassen bekommen. Eon wies trotzdem im ersten Halbjahr 2008 einen Überschuss von 3,3 Milliarden Euro auf.

Tjark Sauer